

1925  
Kauf 1925  
unferen Kindern  
geföhltos ver-  
Instrument der  
dem ausgehen  
ie Kinder bereits  
der viel geübt  
e meilen ahnen,  
me verbindenden  
die Hauspflicht  
unterlage nehmen,  
überwachen der  
eichen, was wir  
angestrebt haben,  
durchaus gelan-  
t bodenständig  
ngungen aus der  
um Seminar in  
n an Volksschul-  
chule bis zur  
günstigt an den  
g und Bildung  
an Volkstun-  
schwachenden  
und zu beifahren  
3.  
0, 3.  
nung.  
von hier  
mein bis-  
näht  
ade. Ver-  
t prominente  
ter Berech-  
Aufträgen  
399  
UER  
genüber  
au.  
Kolben  
Schraube  
Service  
ren  
396  
Nagold.  
urze erscheint:  
teig über  
aufwertung  
ypotheken  
anderen  
sprüchen.  
reichen Beispiele  
erläutert.  
en etwa 8 Wan-  
aufwertungspost,  
ie Defensivität  
in hohem Maße  
t, nicht jetzt vor-  
ang. Diese von  
im Reichspost-  
um bearbeitet und  
reichen Beispiele  
Ausgabe des Be-  
d daher eine maß-  
bedeutung er-  
von allen Kreisen,  
schnell und zue-  
ber die geföhltos  
der Aufwertung  
en wollen, über-  
ungen erbitzt  
ndung Zaiser  
Nagold.  
cher & W. Zaiser  
dienitorbauung  
Gottesdienst  
31. Juli, ab-  
im Vereins-  
ung und Bericht  
ll. Abendblatt am  
2. August, 1925

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illust. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden“ „Unsere Heimat“  
Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise**  
Die einseitige Zeile aus gewöhnl. Schrift od. deren Raum 12 1/2 Familien-Rage 10 1/2 Reklame-Zeile 35 1/2 Sammelanzeigen 50 % Nachschlag  
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge u. Chiffreanzeigen kann keine Gewähr übernommen werden.

**Bezugs-Preise**  
Monatlich einhalt. Jahrgang A 1.60 Einzelnummer 10 Pf.  
Erscheint an jedem Werktag  
Vertriebs- und Zeitungs-Vertrieb in O.L.-Bez. Nagold  
In allen höh. Gewalt vertritt kein Anspruch auf Lieferung d. Zeitg. oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Telegraph. Adress: Gesellschaft Nagold. Postfach-Nr. 5121. Postort 7121.

Kr. 177      Begründet 1826.      Samstag den 1. August 1925      Preisprophet Nr. 29.      99. Jahrgang

### Tagespiegel

Die letzten Franzosen haben am Freitag morgen die Stadt Offen verlassen. Sie sind in der Richtung auf Mühlheim an der Ruhr abgezogen.  
In der Berliner Zigarettenindustrie ist ein Teufelskreis ausgebrochen.  
Die Bankengestellten in Lyon sind ebenfalls in den Streik eingetreten. Die Angestellten in Bordeaux werden die Pariser Streikenden unterstützen und gegebenenfalls auch in den Ausstand treten.

### Politische Wochenschau.

Der Reichstag ist gegenwärtig an einer Arbeit, die den Abschluss eines großen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Werks bedeutet. Darum drängt Reichstagspräsident Dr. Brüning darauf, daß diese Arbeit zu Ende geführt werde, ehe das Reichstag in die Ferien geht, denn es kommt der Reichsregierung darauf an, daß die Steuererhebung, die Reichsausgaben, der Finanzgleichgewicht, Bier- und Tabaksteuer, die Zolltarife und einige andere Vorlagen möglichst bald unter Dach und Fach kommen, damit das Reichswort im Innern vollständig ist, bis die außenpolitischen Verhandlungen über Sicherheitsvertrag, Abrüstung, Räumung, Völkerbund usw. wieder aufgenommen werden. Dazu möchte die Reichsregierung ihre volle Kraft und Aufmerksamkeit verwenden, ohne durch die Reichstagsarbeiten abgelenkt oder behindert zu sein. Es wurde dem Reichstagspräsident nicht leicht, seine Absicht durchzusetzen, denn bei einem großen Teil der Reichsbeamten hat eine lähmende Sitzungsmüdigkeit Platz gegriffen. Es ist auch keine Kleinigkeit, täglich 9 und 10 Stunden und mehr in der Sommerhitze im „hohen Hause“ sitzen und all das Redegespinnst über sich ergehen lassen zu müssen, in das neuerdings so denn und wann eine heftige Kellerei oder eine nicht ganz gewöhnliche Abwechslung bringt, dafür aber die körperliche Wärme durch die geistige Erregung nach freiert. Der Sitzungslokal ist denn auch meist nur von zwei bis drei Dutzend Abgeordneten besetzt, während der Mehrheit draußen die höheren Wandelhöhlen aufsucht oder drüben in der „Fraktion Schützle“, wie man die Reichstagswirtschaft nennt, im „Kaisertal“ tiefsinnige Betrachtungen über das Weltleben anstellt. Nur wenn eine wichtige Abstimmung vorgenommen wird, strömen auf die Glockenzeichen die Herzen herein, so daß eine leidliche „Belebung“ erreicht wird. Der Reichstagspräsident hat nun noch einigen ernstlichen Besprechungen des Reichstagspräsidenten mit den Fraktionsführern — er soll sogar mit seinem Kabinett gedrückt haben — einen Arbeitsplan befestigen, der eine Befreiung der Beratungen bezweckt, so daß auch noch die Berücksichtigung der Zollvorlage ermöglicht würde. Kein Redner soll z. B. über 20 Minuten sprechen. Diese Beschränkung kann aber dadurch umgangen werden, daß eine Fraktion mehrere Redner vorschickt, und diese Rede in dem Reichstagspräsidenten wird auch weidlich ausgeführt. Trotzdem wurde der wichtigste Teil der Steuererhebung, das neue Einkommensteuergesetz, noch am Mittwoch nach den Entwürfen der Regierungsparteien und des Steuerauswahusses in zweiter Lesung angenommen. Das Gesetz bringt für die Lohnempfänger wesentliche Erleichterungen, indem es nicht nur 900 Reichsmark von der Besteuerung frei läßt, sondern auch die „Kindervergünstigung“ wirksamer auswehlt. Der verheiratete Steuerpflichtige, sofern er Arbeitsnehmer ist, darf für die Ehefrau und in steigendem Maße für jedes Kind einen Abzug an den steuerbaren Einkommen machen, so daß ein kinderreicher Familienvater unter Umständen auch bei guten Einkommen ganz steuerfrei bleibt. Diese Abzüge waren schon im bisherigen Steuergesetz vorgesehen, sie sind aber, wie gesagt, im neuen erhöht worden, und während sie bisher noch Prozente von Gesamteinkommen berechnet wurden, sind jetzt bestimmte Summen für die Frau und jedes Kind festgelegt. Damit wird die anscheinende Unbilligkeit aufgehoben, daß z. B. für sechs Kinder ein Familienvater mit hohem Einkommen mehr in Abzug bringen durfte, als einer mit geringem Einkommen.  
Nach die Einkommensteuer läßt wohl wie das Aufwertungsgezet, manchen berechtigten Wunsch noch unerfüllt, aber es wurde im Reichstag darauf hingewiesen, daß die Finanzlage eine weitere Verminderung der Reichs- und Staatssteuern aus der Einkommensteuer zurzeit nicht gestattet, zumal die Reichsausgaben infolge verschiedener Reichstagsabschlüsse, abgesehen von den steigenden Domesgaben, im nächsten Jahr noch weit höher sein werden, als im laufenden. Ohne Berücksichtigung der Geldentwertung beträgt nämlich nach dem Bericht des Haushaltsausschusses der Bedarf der allgemeinen Reichsverwaltung im Jahr 1925 3190 Millionen Reichsmark, gegen 2700 Millionen im Jahr 1923. In erster Linie sind die Ausgaben für soziale Zwecke erhöht, wogegen beim Heer Ersparnisse gemacht werden. Der Bedarf der Einzelstaaten beläuft sich in 1925 auf 3000 Millionen gegen 2600 Millionen in 1923, wobei noch zu beachten ist, daß nach Übernahme der Eisenbahnen und der Eisenbahnschulden aus dem Reich der Schuldendienst der Einzelstaaten von 720 Millionen (1923) auf jetzt 30 Millionen zurückgegangen ist. Die Ueberweisung des Reichs an die Einzelstaaten betrug in diesem Jahr 2200 Millionen, was nach die verbleibende Ueberweisung durch die von den Staaten selbst erhobene Grundsteuer im Betrag von 170 Millionen kommt. Die reine Ueberweisung beträgt also 2290 Millionen, wovon die Staaten aber nur 600 Millionen behalten, während sie fast zwei Drittel mit 1500 Millionen an die Gemeinden weiter überweisen. Dies zeigt, so wurde im Ausschuss ausgeführt, daß die Sparmaßnahmen, die der Reichstag im nächsten Jahr über einleiten muß, im wesentlichen die Gemeinden treffen werden.

Für den Domesbeitrag müssen ferner im Jahr 1926 495 Millionen, 1927 675 Millionen, 1928 1930 und von 1929 an jährlich 1540 Millionen Reichsmark aufgebracht werden, was nach die Bürgschaft des Reichs für die Eisenbahntribune kommt, die leider keineswegs bloß auf dem Papier steht. Diese Bürgschaft steht in ihrem Widerspruch dazu, daß man zwar dem Reich die Verfügung über die Eisenbahn genommen habe, daß man aber das Reich für etwaige Ausfälle der Eisenbahnleistungen haltbar mache. Zu den Domesbeiträgen sind außerdem zu zählen die hohen Kosten des sogenannten Auslandsverkehrs, die für die Durchführung des Ansehens des Reichs, die Aufwendung für die Gemeindefürsorge, die Verdrängungsschäden, die Belastungsschäden, die sogenannten inneren Belastungsschäden (Ueberwachungskommission usw.) und dergleichen, die zusammen in den Jahren 1924 und 1925 weit über eine Milliarde ausmachten. — Bei solchen Ausgaben des Reichs, die jetzt schon etwa 7 Milliarden ausmachten und die sich von Jahr zu Jahr steigern, ist es zu verstehen, daß die Reichsregierung von den Reichseinkommen aus Steuern, Zinsen und anderen Quellen, wie sie gegenwärtig bestehen, oder durch die neuen Geleise geschaffen werden sollen, möglichst wenig ablassen oder sie womöglich vermehren will. Der Reichsfinanzminister mühte ja ein schlechter Redner sein, wenn er nur für das heute sorgte und die Zukunft dem Zufall überließe. So verlangt das Reich, das im Finanzgleichgewicht nun dem Ertrag der Einkommensteuer künftig 25 Prozent dem Reich verbleiben, statt bisher 10 Prozent. Die Finanzverwaltungen der Einzelstaaten sind aber keineswegs damit einverstanden, daß sie statt 90 nur noch 75 Prozent erhalten sollen. In der Streitsache hat sich der Reichstag auf die Seite der Einzelstaaten gestellt, die Entscheidung liegt nun beim Reichstag, und sie wird für nächste Woche erarbeitet.  
Bei dieser Gelegenheit sei ein interessanter Vorgang aus den Beratungen des handelspolitischen Reichstagsausschusses über die Bier- und Freizeittarife erwähnt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Peine beantragte, daß mindestens 1800 000 Zentner Getreide jährlich für den freien Verkehr zulässig eingeführt werden dürfen. Ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien verlangt dagegen, daß diese Einfuhr wohl zulässig sei, daß aber Vorbehalte getroffen werden müssen, daß das Getreide ausschließlich an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werde. Reichslandwirtschaftsminister Graf v. Helldorf ist zu diesen Antzügen, die Regierung werde die Stadtgemeinden verpflichtet, daß das so genannte Getreide auch wirklich den wenigerbemittelten zugeführt werde und daß es nicht, wie bisher, an die Bäck- und Konfektfabriken gelange. So ein Bild hinter die Kulissen hat manches auf.  
Wie diese Geleisevorlagen also soll der Reichstag vor seinen Ferien erledigen, die, wie man annimmt, Mitte August beginnen werden. Dazu würde die Beratung eines Sozialerhalts stimmen, daß die Antwort der Verbündeten auf die letzte deutsche Note am 17. August nach Berlin gelangt werden soll. Auch die Verbündeten legen anscheinend Wert darauf, daß der Reichstag nicht mehr verammelt ist, wenn die diplomatischen Verhandlungen mit Berlin über die Sicherheitsfrage wieder in Gang kommen. Inzwischen ist zwischen Paris und London ein Krieg verhandelt worden, und zwar nicht bloß über die 12 Milliarden Goldmark Ertragschulden, die Frankreich an England zu zahlen hat und bezüglich deren sich die englische Regierung sehr tadelhaft zeigt, sondern namentlich auch über die Sicherheitsfrage und die Antwort an Deutschland. Und do war die englische Regierung in gewohnter Weise wieder weniger standhaft. In London hatte man die deutschen Einmände gegen Briand's Forderungen nach dem ersten Eindruck, der so bekanntlich der sicherste sein soll, für „rechtens“ berechtigt“ gehalten. Nachdem aber die Regierungsjuristen die deutsche Note vom 20. Juli genauer geprüft hatten, das heißt, nachdem von Frankreich der nötige Druck ausgeübt worden war, fand man in London, daß die deutsche Note doch recht ungeschickt gewesen sei und daß sie die Verhandlungen die ausschließlich erlöschten, vergrößern werde. Reichsminister Baldwin sagte in einer launigen Rede in Liverpool, die Befürworter Deutschlands seien ja wohl zu verstehen. Aber wenn erst Deutschland ohne weiteres dem Völkerbund beigetreten sei, werde sich alles finden. Außenminister Chamberlain erklärte in einer Rede in Birmingham, er sei enttäuscht, daß die Beharrlichkeit der Note einen weiteren Schrittenwechsel nötig mache, statt daß eine Art von Konferenz zusammenzutreten könne, — die Briand entschieden ablehnt und die deutsche Chamberlain dann hinterher wieder aufgeben hat. Chamberlain hat nach Briand die Versicherung, daß der erste (Köln) Teil des Belegungsgebiets nicht eher geräumt werde, bis die berechtigten Abrüstungsforderungen der letzten Vorkriegsnotiz erfüllt seien. — Mit den Völkerbundsleistungen wird England die deutsche Reichsregierung aber doch nicht mehr einstellen können; der Reichstagspräsident hat sich darüber kürzlich ganz klar ausgesprochen. Was hätte es Deutschland, seine Befürworter bezüglich der Kriegserklärung und des Durchmarsches im Völkerbund als Mitglied desselben vorzubringen? Ueber diese Fragen entscheidet der Völkerbundsansatz, und von diesem ist Deutschland ausgeschlossen. Geseht, die Engländer seien in Deutschland und die Deutschen in England, — würden wohl die Engländer im Fall eines russisch-polnischen Kriegs den Franzosen den Durchzug durch das Land gestatten? Ganz gewiß nicht; aber die Deutschen sollen ihr Land zum Kriegsschauplatz hergeben. Eht englisch. Und wenn Englands Behauptung, es wüßte durch den Eintritt in den Völkerbund die Befreiung Deutschlands, echt wäre, so ist doch eben nicht wahr die Absicht Frankreichs, Deutschland durch alle bestehenden und neu zu schaffenden Vorschriften des Völkerbunds zu bedrücken. Wenn wir uns auf die Unterstützung Englands verlassen wollten, so wären wir verfallen.

es innenpolitisch vor einer Gefahr steht, wie sie England in seiner Geschichte noch nie erlebt hat. Gewiß, auch in früheren Zeiten hat es in England große Streiks gegeben, aber das Land hat sie ohne dauernden Schaden überstanden, da es hart und geland war. Durch den Weltkrieg und seine Folgen aber hat England einen Stoß erlitten, von dem es sich vielleicht nie wieder ganz erholen wird, und die dauernde Arbeitslosigkeit, wie sie kein anderes Land der Welt kennt, nagt wie ein Wurm an den Kräften des Reichs. Ein Streik in England nach dem Krieg ist etwas ganz anderes als vor dem Krieg, schon weil das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft durch die wenn auch kurze Arbeiterregierung im vorigen Jahr mächtig erlart ist. Nicht umsonst macht Reichsminister Baldwin verwehrt Anstrengungen, zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten eine Verständigung herbeizuföhren. Die Gewerkschaftsvertreter haben bis jetzt alle Vermittlungsvorschläge und lehnt das sehr weit entgegenkommende Angebot der Rheinische Seite der Arbeitgeber abgelehnt. Am 31. Juli abends wird es sich entscheiden, ob zunächst ein „Waffenstillstand“ auf zwei Monate unter den bisherigen Arbeits- und Lohnbedingungen geschlossen oder der Grubenarbeiterstreik erlart wird, dem sich mit ziemlicher Sicherheit auch andere Gewerkschaften anschließen werden.  
Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die aus politischen Gründen gemachten Versuche, den etwaigen Kohlenarbeiterstreik Englands durch gleichzeitige Streiks in anderen Ländern zu unterstützen, Erfolg haben werden. Das ist wenig wahrscheinlich. Zwar droht auch in der amerikanischen Kohlenindustrie ein Streik, der hat aber mit dem englischen gar nichts zu tun, und er wäre erst für den 31. August in Aussicht genommen. Den Grubenbesitzern der übrigen Kohlenländer Europas könnte man ja gar keinen größeren Gefallen tun, als wenn die Arbeiter streiken würden, denn dann bräuchten sie ihre Vorräte zu guten Preisen los. Im Ruhrgebiet allein liegen für 150 Millionen Reichsmark Kohlen auf den Halben, die Vorratsberge wachsen täglich und bringen den Zechen ungeheure Verluste. Mit der Möglichkeit des englischen Streiks rechnend, haben allerdings französische Industrielle im Ruhrgebiet große Kohlenbestellungen gemacht, so daß die Reichsbahn die Beförderung nicht mehr bewältigen zu können behauptet und die weitere Beförderung gesperrt hat. Vielleicht auf einen Wink der französischen Regierung; denn der französische Reichsminister hat die Einfuhr deutscher Kohle, sofern sie nicht „Damespflichtig“ ist, nach Frankreich plötzlich unterlag, beziehungsweise für jede Sendung eine besondere Einfuhrerlaubnis nötig. — Die „Kohlenfreiheit“ ist eine allgemeine. Es werden viel mehr Kohlen gefördert, als die Länder verbrennen können, und wenn man sie umsonst bekäme, kein Streik kann daher jemals bringen, was die natürlichen Verhältnisse nicht zuzulassen können. Die übermäßige Förderung schreibt sich aber von der Zeit her, als die deutschen Gruben durch den Friedensvertrag und die brutalen Sanktionen gezwungen wurden, hantole Reagen „Entschädigungsschuld“ an die „Eleganten“ zu liefern und im weitesten Raumbau mit unnatürlich vermehrten Belegschaften zu betreiben. Diesen Raumbau mußten andere Kohlenländer um des Wettbewerbs willen mitmachen oder die Gruben wurden doch angelegt, die allgemeinen Verluste durch den Weltkrieg mitzubedenken. Die heutige allgemeine Kohlenkrise ist die Folge davon.

### Neuestes vom Tage

**Amerikaner beim Reichspräsidenten**  
Berlin, 31. Juli. Reichspräsident von Hindenburg hat eine Abordnung der in Berlin weilenden amerikanischen Studienkommission empfangen.  
**Belegwechsel eines Blatts in Berlin**  
Berlin, 31. Juli. Der Sozial. Pressedienst hört, von einer Gruppe, die dem Außenminister Dr. Stresemann sehr nahe steht, seien mit dem Hauptbesitzer des Berliner Illustrierten-Abendblatts, dem früheren nationalliberalen Abg. Konstantin Barling, Kaufverhandlungen eingeleitet worden.  
**Der Bericht des Dames-Agenten**  
Berlin, 31. Juli. Der Generalagent der Dames-Beratung, Parker Gilbert, ist nach Paris abgereist. Wie verlautet, überbringt er der Entschädigungskommission den Monatsbericht für Juli. Von der Reichsregierung sind die für Juli fälligen Zahlungen bereits am 22. ds. an Parker Gilbert überwiesen worden.  
**Spacerlasse der anhaltischen Regierung**  
Cottbus, 31. Juli. Die anhaltische Regierung hält in einem Erlaß den Vertretern der Kreise und Gemeinden vor: Die Regierung habe bei der Durchföhrt der Haushaltspläne den Eindruck gewonnen, daß nicht überall die schwere Notlage der deutschen Wirtschaft und fast aller Berufsstände erkannt und bei der Aufstellung der Pläne nicht der strenge Maßstab angelegt worden ist, der bei der Verarmung des deutschen Volks und dem Darniederliegen der Wirtschaft hätte angelegt werden müssen. Bei der letzten mäßigen Finanzlage müsse jede nicht unbedingt notwendige Ausgabe, möge sie auch aus öffentlichen Gründen noch so wünschenswert erscheinen, vermieden werden. Daneben sei weitestgehende Sparsamkeit und jede nur irgend mögliche Einschränkung auch auf dem Gebiet der unbedingt zu erfüllenden kommunalen Aufgaben dringend erforderlich. Die Euerückföhrtigkeit der Gemeinden, die im verfloffenen Rechnungsjahr aus mancherlei Gründen unangemessen gewesen sei, dürfe nicht weiter fortgesetzt werden, wenn die Wirtschaft nicht gänzlich zugrunde gehen solle. Die Regierung verlangt deshalb von den Kreisen und Gemeinden eine sofortige nachmalige ernste Ueber-



Prüfung der Haushaltspläne und auch eine strenge Revision des Personalbedarfs; auch in der Wohlfahrtspflege dürfe nicht zu weit gegangen werden. Die Regierung erwartet einen ausführlichen Bericht über die im Verfolg ihrer Verfügung getroffenen Maßnahmen und fordert eine Sonderaufstellung über den Personalhaushalt. In einem weiteren Erlaß weist die Regierung darauf hin, daß das Reich große Mengen Kupfermünzen anfertigen ließ, die aber unangefordert in der Reichsbank liegen blieben. Darin müsse ein Wandel eintreten; das Volk, das gewöhnt sei, nach oben abzurufen, müsse zur Pfennigrechnung zurück. Aus diesem Grund verordnet die Regierung, daß die Kreis- und Gemeindeverwaltungen unverzüglich Kupfermünzen anzufordern hätten, die in den Verkehr zu bringen seien. Die Beamten und die Lieferanten sollen in Anbetracht der bei Beträgen über 50 Mark eine Mark in Kupfer ausgegahlt erhalten.

**Der Krieg in Marokko**

Paris, 31. Juli. Der „Matin“ meldet, die Lage des von den Arabern eingeschlossenen Postens An Va Alfa sei verwickelt. In den Rifbergen seien die Marokkaner eifrig mit der Anlage von Schützengraben beschäftigt, die wahre Festungen seien. Ahdir, die Hauptstadt Abd el Krims, sei besetzt worden. Die Stämme der Tui und Branes seien zu Abd el Krim übergegangen. Das „Petit Journal“ erwartet einen großen Angriff Abd el Krims in den nächsten Tagen; General Kaulin sei vorbereitet.

**Herriots Rücktritt**

Paris, 31. Juli. Das „Echo de Paris“ meldet, Herriot habe das Bürgermeisteramt von Lyon niedergelegt. Der Grund sei nicht, daß die Sozialisten im Gemeinderat von Lyon die Mehrheit erlangt haben, sondern daß Herriot in der Abgeordnetenkammer für die Vermögensabgabe eingetreten sei. Dies sei ihm von den Handels- und Finanzkreisen Lyons so verübelt worden, daß er als Oberbürgermeister unmöglich geworden sei.

**Abberufung des französischen Votschaffers aus Moskau**

London, 31. Juli. Die „Daily Mail“ will wissen, daß der französische Votschafter Herbet in Moskau in Paris eingetroffen sei und werde nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Frankreich würde in Moskau nur durch einen Geschäftsträger vertreten sein. Der Grund sei in den Unruhen der Sowjets in Marokko gegen Frankreich zu suchen.

**Die erste parlamentarische Niederlage des Kabinetts Baldwin**

London, 31. Juli. Das Kabinett Baldwin hat gestern zum ersten Mal in einer Kommission des Unterhauses eine Niederlage erlitten, indem ein Regierungsvorschlag über die Immobiliensteuer mit 171 gegen 210 Stimmen abgelehnt wurde.

**Die englisch-französischen Schuldverhandlungen abgebrochen**

London, 30. Juli. Die Abordnung des französischen Finanzministeriums für die Regelung der Kriegsschulden ist heute unverrichteter Dinge von London wieder abgereist, da eine Verständigung mit dem englischen Schatzamt nicht zu erzielen war. Die Reise des Finanzministers Callaux nach London wird vorläufig unterbleiben. Es ist auch zweifelhaft, ob Briand zur Besprechung der Sicherheitsfrage nach England kommen wird.

**Kein allgemeiner Kohlenstreik in England**

London, 31. Juli. Schüt in der Nacht hat gestern die Regierung den Arbeitgebern der Bergindustrie den Vorschlag gemacht, ihre Kündigungen zurückzuziehen. Die Regierung wird dagegen der Industrie zwei oder drei Monate lang Zuschüsse gewähren. In dieser Zeit sollen die Verhältnisse im Bergbau durch einen amtlichen Ausschuss mit weitgehenden Vollmachten genau untersucht werden. Die Antwort der Arbeitgeber wird heute erwartet.

**Neuer Bürgerkrieg in China**

London, 31. Juli. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Kalkutta, die dauernden Feindseligkeiten zwischen der militärischen Fortschrittspartei in Tibet und der konservativen Sozialpartei haben die Gestalt eines Bürgerkriegs angenommen. 10.000 Mann unter Führung eines chinesischen Generals sollen über Kham nach Tibet marschieren.

**Deutscher Reichstag**

**Neuer Einnahme**

Berlin, 31. Juli.

107. Sitzung. Während im Sitzungssaal nur wenige Abgeordnete zu sehen sind, haben die Fraktionen der Regierungsparteien sich über Kompromißanträge zum Finanzausgleich und zur Bier- und Tabaksteuer geeinigt. Danach sollen den Einzelstaaten künftig vom Reich aus den Steuererträgen 75 Prozent mindestens oder 2100 Millionen Mark überwiesen werden. Die Summe erhöht sich also entsprechend, wenn die 75 Prozent mehr als 2100 Millionen ausmachen. Bezüglich der Biersteuer wurde im Kompromiß vereinbart, daß die neuen Steuerföhrer am 1. April 1926 zunächst nur in der Höhe von 33 1/2 Prozent (statt 100 Prozent) der Erhöhung in Kraft treten sollen. Das Kompromiß über die Tabaksteuer betrifft nur den feingehackten Rauchtobak, und zwar soll der Steuerfuß nur um 12 1/2 statt 25 Prozent der Regierungsvorlage, der Kleinverkaufspreis von 40 auf 45 Prozent statt 50 Prozent erhöht werden. Zur Weinsteuer beantragen die Regierungsparteien für Schaumweine eine Steuer von 30 v. H., für sonstige Weine von 20 v. H. Für die Zeit bis 30. September 1927 ermäßigen sich diese Steuerföhrer um ein Viertel. Ein Drittel des in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1927 sich ergebenden Weinsteuerertrags soll zur Behebung der Not des Weingärtnerlands verwendet werden. Die Ermäßigung der Steuerföhrer soll am 1. August in Kraft treten.

Das Haus tritt in die Beratung des Körperrechts-Neuergesetzes ein, das nach kurzer Aussprache in der Ausschussfassung angenommen wird. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Verringerung des Steuerfußes wird mit 267 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Ein kommunistischer Abgeordneter ruft einem anderen Abgeordneten zu: „Sei ruhig mit deiner verfluchten Stimme!“ Präsident Eöbe ruft ihn zur Ordnung und macht ihn darauf aufmerksam, daß er wegen derartiger Zursache aus dem Saal gewiesen werden könne.

Bei der folgenden 2. Lesung des Vermögens- und Erbschaftssteuergesetzes bemerkt Staatssekretär Wopff gegenüber dem Vorwurf des Abg. Ströbel (Soz.), daß die Befreienden sich von der Steuer drücken, es gebe nicht an, das Steuerauskommen Englands mit dem Deutschlands zu vergleichen, da die Länder wirtschaftlich so ver-

schieden seien. Der Beizh sei in Deutschland wahrlich hart genug befristet.

**Zweite Lesung des Nothausgesetzes**

Die 108. Sitzung wird von Präsident Eöbe am Freitag vormittags 10.20 Uhr eröffnet. Der Nothausgesetz soll bis 30. November verlängert und der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, den Prozentsatz der Wohnungszulassung für die Nothausgesetz auch über 100 Prozent hinaus zu erhöhen.

Abg. Bender (Soz.) beantragt, den Zuschlag zum Grundgehalt in den Besoldungsgruppen 1-7 von 12 1/2 auf 30 Prozent zu erhöhen und im Fall der Ablehnung dieses Antrags eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark zu gewähren.

Reichsfinanzminister von Schlieben: Die Frage der Beamtenbesoldung bildet den Gegenstand der größten Sorge der Reichsregierung. Zurzeit lassen es aber leider die Verhältnisse nicht zu, im Augenblick eine Milderung der schweren Wirtschaftslage der Beamten gewisser Gruppen einzutreten zu lassen. Die augenblickliche Gestaltung des Reichsstaats vermag keine Mehrbelastung. Die Ueberläufe aus dem Vorjahr können unmöglich zu einer laufenden Mehrausgabe benutzt werden, weil wir nicht wissen, ob diese Ueberläufe wiederkehren werden. Eine allgemeine Beihilfe wird allgemein als sehr unerwünscht bezeichnet. Wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die Finanzlage der Länder und Gemeinden, die eine vom Reich eingeleitete allgemeine Gehaltserhöhung gar nicht mitmachen können. Mit großer Sorge erfüllt uns die schwierige Lage der Reichsbahn. Wir würden dort bei der Gewährung von Zuschüssen die Gefahr einer weiteren Tarifserhöhung herausbeschwören, die wiederum der Wirtschaft schweren Schaden zufügen würde. Wenn wir aber die Wirtschaft nicht wieder hochkommen lassen, dann heißt es: Deutschland am Ende! Im Interesse der Ausgleichung des Staats müssen die Beamten noch einige Zeit auskosten. Sie werden einsehen, daß es jetzt vor allem die erste Aufgabe der Regierung ist, wieder eine ordnungsmäßige Staatswirtschaft einzuführen. (Beifall.)

Die Abg. Dietrich (Dem.) und Hedert (Komm.) erklären sich gegen die Verlängerung des Nothausgesetzes. Die Kommunisten rufen nach rechts: Saubande, feige Bande und ähnliche Worte. Vizepräsident Dr. Bell erteilt nacheinander sechs Ordnungsrufe.

Abg. Graf Reventlow (Dö.) erklärt, er schließe sich in der Frage der Beamtenbesoldung dem Antrag der Sozialdemokraten an. (Hört, hört, rechts.) Als Reventlow in scharfen Worten den Sozialdemokraten ihr Verhältnis zu Barzma vorhält, springt Abg. Bernheim (Soz.) auf und ruft: Unverschämter Lügner! (Ordnungsruf.) Reventlow begründet dann einen Antrag seiner Fraktion, der sich in schärfer Weise gegen Dr. Stresemann richtet; die Reichsregierung möge Sorge tragen, daß der Finanzminister alle weiteren Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag und den Völkerverbund nur mit Zustimmung des Reichskabinetts und des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten führe. Reventlow erwartet eine Ummäßigung zu einem neuen Staat, der erfüllt sei von dem völkischen, sozialen und deutschen Gedanken und bei dem auch die Kommunisten mithelfen wollen. (Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Verbunden wird ein weiterer völkischer Antrag, die Reichsregierung möge ihr Aufsichtrecht über die preussische Justizverwaltung ausüben und Sorge tragen, daß die Großstädte sich nicht der Straferlassung entziehen und pflichtgerechte Beamte dafür als Sündenböcke in die Wüste geschickt werden.

Der Verlängerung des Nothausgesetzes bis 30. November wird zugestimmt. Ueber den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Zuschlags zum Grundgehalt wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 226 gegen 173 Stimmen bei 4 Stimmenthaltnungen abgelehnt.

Die Ausschussvorlage wird unverändert in 2. Lesung angenommen. — Abgelehnt wird auch die einmalige Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark.

**Württemberg**

Stuttgart, 31. Juli. Besuch des Reichspräsidenten. Bis aus Berlin gemeldet wird, ist im Monat August der Antrittsbesuch des Reichspräsidenten von Hindenburg in Stuttgart zu erwarten. Den ersten Besuch wird der Reichspräsident bekanntlich am 12. August in München abhalten.

Erweiterung des Sonntagsausflugesverkehrs. In einer Besprechung mit den Vertretern der Presse machte gestern Herr Oberregierungsrat Schmid von der Reichsbahndirektion Mitteilung von den Plänen der Direktion bezüglich einer Erweiterung des Sonntagsausflugesverkehrs, der so viel Anklang im Land gefunden hat. Fast alle Stationen in Württemberg haben Sonntagskarten nach Stuttgart und nach dem Bodenseegebiet. Vereine genießen bei einer Beteiligung von mindestens 30 Personen eine Fahrpreisermäßigung von einem Viertel, jugendliche Wanderer von einem vollen Drittel. Die Reichsbahndirektion widmet besondere Pflege dem Sonntagsausflugesverkehr durch Sonderzüge und sie sorgt für gute Verbindungen nach bevorzugten Ausflugsorten in Anpassung an die Sonntagskarten. Sonntagssonderzüge verkehren z. B. von Stuttgart nach Friedrichshafen, Fridesstadt, Wübbad und Heideberg und zurück. Bei Bedarf können Verwaltungsveränderungen auf beliebigen Strecken zu Ausstellungen, Tagungen usw. geführt werden. Kleine Gesellschaftszüge werden ohne Ermäßigung schon bei einer Beteiligung von 100 Personen in vierter und 120 Personen in dritter Klasse, mit der üblichen Ermäßigung bei 500 Personen in vierter und 340 Personen in dritter Klasse ausgeführt. Diese Möglichkeiten werden bedauerlicherweise zum Teil noch nicht genügend ausgenutzt. Der Sonderzug nach Heideberg und dem schönen Odenwald ist z. B. verhältnismäßig wenig besetzt. Mit den Fahrten nach Friedrichshafen können Seefahrten nach Konstanz oder Lindau verbunden werden.

Oberregierungsrat Schmid gab dann auch Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn. Der Vorschlag für 1925 sieht an Einnahmen 5,5 Milliarden Goldmark, an Ausgaben 4,7 Milliarden vor. Von dem Ueberschuß von 800 Millionen müssen 400 Millionen an die Damesverwaltung und 111 Millionen an die Zwangsrücklage überwiesen werden. Wenn auch die finanzielle Lage nicht so ungünstig ist, wie man vielfach glaubt, so ist die Reichsbahn doch darauf angewiesen, nach Möglichkeit zu sparen. Der Ausbau der Nebenbahnen ist ohne die Hilfe der beteiligten Gemeinden usw. nicht fortzuführen.

Sonderzüge zum Fliegerfest. Anlässlich des Fliegerfestes in Böblingen werden am Sonntag, den 2. August, verschiedene Sonderzüge von Stuttgart nach Böblingen und zurück geführt. Ferner verkehrt bei günstiger Witterung auf der Strecke Schorndorf-Stuttgart ein Vorzug 612 Schorndorf ab 7.40, Stuttgart an 8.56 mit Halt auf allen Stationen.

Fleischpreisausschlag. Die Stuttgarter Fleischherinnung hat den Preis für ein Pfund Schweinefleisch von 1,25 Mark auf 1,30 Mark, für ein Pfund Rindfleisch von 1,10 Mark auf 1,20 Mark erhöht. Die Preise der übrigen Fleischsorten bleiben unverändert.

Vom Tage. In der Schildhardtsstraße sprang ein junger Mann von einem fahrenden Straßenbahnwagen ab. In demselben Augenblick fuhr ein Kraftwagen vorbei und schiederte ihn zu Boden. Der Unvorsichtige erlitt eine erhebliche Kopfverletzung. — Eine Dorotheen- und Rüngstraße fuhr ein Motorrad mit einem Lastkraftwagen zusammen. Der Fahrer und sein Begleiter wurden bedeutend verletzt, das Rad ging in Trümmer. — In Degerloch wurde ein vierjähriges Kind von einem Kraftwagen angefahren und erheblich verletzt.

**Aus dem Lande**

Schorndingen, 31. Juli. Zusammenstoß. Beim biefigen Bahnhof wollte ein Lastauto die Schienen überfahren, als eine Güterzugsmaschine rangierte. Die Maschine rief mit dem Auto zusammen, das vollständig zertrümmert wurde. Glücklicherweise kamen die Insassen des Autos mit dem Schrecken davon.

Böblingen, 31. Juli. Zum Fliegerfest. Der deutsche Nordpostflieger Feucht aus Heimerdingen W. Leunberg hat seine Teilnahme am deutschen Fliegerfest in Böblingen zugeteilt.

Wörlingen, 31. Juli. Aufführung von Einbrüchen. Der Stadtpolizei ist es gelungen, die Urheber der in letzter Zeit hier vorgekommenen Einbrüche zu erfassen. Es handelt sich um lauter hiesige junge Burken, die das wohlhabende Alter noch nicht erreicht haben und nun Gelegenheit erhalten, über ihre Betätigung nachzudenken.

Hellenheim, 31. Juli. Landesfeuerwehrfest. Das seit 15 Jahren nicht mehr stattfindende und vom 8. bis 10. August hier abgehalten wird, findet am Sonntag den 9. August eine Schloßbesichtigung und eine Sonderaufführung „Andreas Hofer“ im Naturtheater beim Schloß Hellenheim statt.

Göppingen a. D., 31. Juli. Verhafteter Brandstifter. Unter dem Verdacht, am 28. Juni den Brand in dem früher Boderischen Anwesen in Bernau verursacht zu haben, wurde der Gutsschaffer Eisinger, der sich hier im Krankenhaus befindet, verhaftet. Eisinger, aus Banern stammend, soll nun eingestanden haben, daß er sein fünfjähriges Töchterchen veranlaßt habe, den Brand zu legen.

Rüdingen, 31. Juli. Messerstecherei. Nachts gerieten die im gleichen Haus hier wohnenden beiden verheirateten Tagelöhner Frh Brodbeck und Karl Debach in Streit, wobei Brodbeck von Debach mit sieben Stichen, wovon einer die Lunge traf, schwer verletzt wurde. Der Täter wurde dem Bericht übergeben.

Hemmendorf O. Rottenburg, 31. Juli. Viel Leid. Das Schicksal der Witwe Marie Beck führte vom Heuboden ab und erlitt einen Schädelbruch. Der Vater des Verunglückten hat bald nach seiner Rückkehr aus der französischen Gefangenenschaft. Ein Bräutigam erkrankte während des Krieges.

Rottweil, 31. Juli. Mitgefessenen, mitgehungen. Bei der kürzlich in Wülingen erfolgten Verhaftung des ebenfalls verurteilten Fahrraddiebes Viktor Matthes ist es der Gendarmen gelungen, hier auch seinen Gefährten den ebenfalls oft verurteilten Gauner Scham festzunehmen. Dieser soll sich ebenfalls einer Reihe von Einbrüchen usw. schuldig gemacht haben.

Tübingen, 31. Juli. Sprengungslad. Bei Hohen im Donaual wurde der 35 J. a. Schiffsmeister Franz Bui von Unterglasshütte beim Explodieren einer Sprengladung von einem Steinhaue überhäutet und schwer verletzt.

Schelllingen O. W. Wäuderten, 31. Juli. Schweres Unwetter. Am Donnerstag mittag wurden die Wäudungen Schelllingen, Schmieden und Almwendungen von einem Unwetter schwer heimgesucht. Die Hagelkörner hatten die Größe von Hühneriern. Der Schaden beträgt schätzungsweise 50 v. H. Ein großer Teil der vielerorts sprengenden Ernte ist vernichtet. Am Bahnhof Schelllingen wurden 20, in der Weberei Rall 300 Fenster Scheiben eingeschlagen. Auch in den Jahren 1921, 1922 und 1924 wurde die gleiche Gegend von Unwettern betroffen. Bei der großen Geldknappheit sind viele Landwirte ungenügend versichert.

Buchau, 31. Juli. Abgeworfene. Dem bei der Firma Hans Einz beschäftigten Karl Kfzlag ging das Pferd durch und rannte die Haupt- und Wülfstraße entlang. Beim Geschäftshaus des Hans Einz bog das Pferd um die Ecke und warf Kfzlag in die Mauer. Der Verunglückte wurde schwer verletzt in seine Wohnung verbracht. Der Arzt stellt Gehirnverletzung und Rückenverletzung fest.

Hallwäuderten O. Ravensburg, 31. Juli. Selbstmord. Im Walde, dicht an der badischen Grenze, fand man die Leiche des Wagners Büchels, der durch Gehängen seinen Leben ein Ende gemacht hat. Der 38jährige Mann arbeitete bald da, bald dort, ohne einen bestimmten Wohnort zu haben. Die Tat scheint schon vor einigen Wochen geschehen zu sein.

Sigmaringen, 31. Juli. Wäudern zur Hohenzollernischen Landwirtschaftskammer. Bei den Wäudern zur Hohenzollernischen Landwirtschaftskammer findet auf die Liste des Bauernvereins 1882, auf die des Land- und Bauernvereins 168, auf Reifreisen 890 und auf die des landwirtschaftlichen Vereins 1200 Stimmen.

Tübingen, 31. Juli. Wäuderverordnung. Am Mittwoch fand die Einweisung der Redar-Ligas-Gruppe in Reichentellensfurt statt. Die Kosten der Leistung, die täglich 64000 Liter für 8000 Seelen liefert, betragen 915000 Mark.

Geislingen a. St., 31. Juli. Verhafteter Räuber. Als Räuber der am Bahndamm erdrosselt aufgefundenen 38jährigen Bobette Pantel aus Schönlinden, die in der „Reinstube“ hier bedienstet war, wurde der Hausnachbar des hiesigen Krankenhauses, der 24jährige Bittler von Gooch verhaftet. Er gibt an, sie beide haben sterben wollen. Er habe Gift genommen, es habe aber nicht gewirkt.

Beibehaltung der Geschäftsaufsichtsverordnung. Ueber die Frage, ob die Verordnung über die Geschäftsaufsicht beibehalten werden soll, wird in den Kreisen des Handels gegenwärtig verhandelt. Im allgemeinen gehen die wirtschaftlichen Kreise davon aus, daß ein Umbau der Konturordnung, insbesondere nach schweizerischem Muster, in der Weise durchgeführt werden muß, daß der jetzt nach Eröffnung des Konturgesetzes obligatorische Zwangsvergleich vor Eröffnung des Konturgesetzes angefordert werden muß, wenn die Gläubigerpartei einen dementsprechenden Willen äußert. Nichtsdestoweniger soll ein solcher Zwangsvergleich weder angeordnet noch verhindert werden können.





# Aus Stadt und Land

Magold, den 1. August 1925.

Seihest Du, was die Pflicht ist? Das ist dasjenige, was man von den andern fordert.  
R. Dumas d. J.

## Zum Sonntag

Es war auch ein Sonntag, als sie vor 11 Jahren am 2. August hinausjogen. Ist's eine erhebende, ist's eine quälende Erinnerung? Vielleicht beides zugleich. Aber das sollte man nicht mehr fragen; die nicht wiederkommen, sind umsonst gestorben. Wir sollten nun so weit sein, daß wir von Herrn zusammen könnten, wenn uns einer sagt: „Es gibt einen zweigleisigen Dienst unter uns; ihn tun nur wenige, aber er ist entscheidend, der Dienst an den Toten“. (R. Bornhäuser). Es sind ihrer doch manche, die in diesen Jahren durch den zweigleisigen Dienst an ihren Toten eine unlabare Bereicherung und Vertiefung ihres Lebens gewonnen haben. Wer einen geliebten Toten hat, der einst von Liebe und Begeisterung strahlend das große Opfer brachte, der ist durch unzerstörbaren Lebenszusammenhang mit ihm selbst in die Welt der Liebe und des Besten erhoben und kann sich täglich nur gegen alle niederziehenden Mächte des Daseins mit dem Wort wappnen: „So wir im Geiste leben, so laßt uns auch im Geiste wandeln.“

## Beranstellungen und Feste am Sonntag.

Magold: Familien-Ausflug des Lieber- und Sängerkorps auf den Hohenzollern. Abfahrt 7 Uhr.  
Bad Teinach: Jakobifest, 1 Uhr.  
Eßlingen: Deutscher Fliegerkongress, 2 Uhr.  
Hohenberg: Wiltensfest, 2 Uhr.  
Hohenburg: Bischofsjubiläum.

## Grüß Gott!

So lautet der allberühmte deutsche Gruß im schönen Heimatland. Umweir der großen Lustschiffhalle Laferfurt, in welcher der ehemalige „Z. R. 3“, jetzt „Los Angeles“ umgelaufen, umgebracht wurde, befindet sich ein prachtvolles Hotel, Vaux Hall in welchem die Herren der Joppelin-Werft von Friedrichshafen bei der Uebergabe des Lustschiffes an Amerika logierten. Der Besitzer, Herr J. Schabtle, Prop., befindet sich gegenwärtig in seiner lieben alten Heimat bei seinem Bruder, Herrn Schabtle, Festwarenfabrik, hier. Wir wünschen von Herzen dem Besuch in Magold recht angenehmen Aufenthalt zur Erholung in der feingewürzten, ozeanischen Schwarzwaldbluft!

## Unsere Feiertunden

Wieder einmal ein buntes Allerlei, Weiteres und Erntes. — Fast Feucht, der nunmehr durch den Nordpolfug in aller Welt bekannte Deutsche, erinnert uns an deutsche Leistungsfähigkeit. — Original sind die Aufnahmen der modernen Lichtreclame und des großen und kleinen Kraftwagens. Daneben ist etwas Neues, besonders für Junggeheulen, der neue amerikanische Promenaden-Anzug. Können wir die Menschen, die auf solche Auswüchse aus sind, überhaupt noch als vernünftige Menschen bezeichnen? Wenn die girls velleicht über uns zu urteilen wüßten, würden sie sagen: „Pflücker über die!“ Aus dem Bild „Bei der Mittagstafel“ schaut uns friedvolles und zuverlässiges Leben entgegen und unsere Wipede wird bei manchem wieder einen Nachkampf hervorgerufen.

Der Preisverteilung auf dem Bauerntag ist noch nachzutragen, daß der Germania-Bogen der landw. Ortsgruppe Magold mit einem 1. Preis bedacht wurde.

**Reifenbau, 1. Aug. Milchbühnenanlage.** Die neugegründete Milchverarbeitungsanstalt unter Vorstand Ernst hat anderen Gemeinden folgend eine Milchbühnenanlage von der Firma Eduard Albers-Hilberheim angeschafft. Die Anlage, die im ehemaligen Wohnhaus von der Firma Werner & Sohn Magold eingebaut wurde, kann als musterhaft bezeichnet werden. Zweck der Anlage ist, das Säuerwerden der Milch während des Transports auf der Bahn und bei der Ausgabe in der Stadt zu vermeiden.

## Einmonatsfrist nach den Aufwertungsgelegen.

Uns wird geschrieben: „Während für Anmeldungen von gewissen Hypotheken Fristen bis zum 1. Januar 1926 bzw. 1. April 1926 laufen, enthält das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anteile an Grundstücken, die nicht länger als ein Monat sind. Die Fristen sind so kurz gehalten, daß es unentbehrlich erscheint, daß die Beteiligten die Fristen wahrnehmen können.“

Nach § 43 des Anleihe-Abfö-Gesetzes werden **Gemeindeanleihen**, die Altbesitz sind, mit dem fünffachen Betrage ihres Nennwertes, also bei M 1000. — mit 5 mal M 25. — = M 125. — eingelöst. Der Einlösungsbetrag ist auf Antrag bei der Leistungsfähigkeit der Gemeinde auf das Zehnfache des Nennwertes zu erhöhen. Antragsberechtigt ist aber nur der Anleiheschuldner oder der Treuhänder. Ein Treuhänder wird aber lediglich bestellt, wenn ein Gläubiger dies innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (16. Juli 1925) bei der obersten Landesbehörde beantragt. Da der Schuldner kaum den Antrag auf Erhöhung stellen wird, so ist es deshalb Sache der Gläubiger, den Antrag bis zum 15. August 1925 bei der obersten Landesbehörde einzureichen. Es ist anzunehmen, daß sich in jeder Stadt Schulvereinigungen zur Wahrung der Rechte der Gläubiger bilden, damit diese Frist gewahrt wird. Der Antrag auf Erhöhung des Einlösungsbetrages auf 20 pCt. muß innerhalb vier Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vom Anleiheschuldner oder Treuhänder gestellt werden.

Auch bei den Industrie-Obligationen laufen ganz kurze Fristen für den Altbesitz. Nach § 39 des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und andern Ansprüchen müssen die Schuldner ihre Gläubiger spätestens bis zum 30. September 1925 durch Bekanntmachung auffordern, ihre Schuldscheine vorzulegen, für die die Vorrechte des Altbesitzes in Anspruch genommen werden, anzumelden. Es ist mit der Aufforderung durch die Industrie-Gesellschaften bereits in den nächsten Wochen zu rechnen. Der Gläubiger muß dann innerhalb eines Monats seit der Aufforderung durch den Schuldner bei diesem oder der von ihm bestimmten Stelle seine Schuldscheine vorlegen, damit er seines Genusrechts nicht verlustig geht. Die erforderlichen Beweismittel sind der Anmeldung beizufügen oder binnen einer weiteren Frist von einem Monat einzureichen.

Es ist also Sache der Gläubiger, sich die Beweismittel rechtzeitig zu beschaffen, damit er diese kurzen Fristen einhalten kann. Die Fristen sind so un begründet kurz gehalten, daß mancher aus seinem Sommerurlaub zurück-

kehren wird, der erst Kenntnis von den Fristen bekommt, wenn sie bereits abgelaufen sind. Es kann deshalb nicht genügend darauf aufmerksam gemacht werden, die Beweismittel für den Anspruch rechtzeitig zu beschaffen.“

**Die Reichsmehlmahl für die Lebenshaltung** (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt Juli auf 143,3 gegen 138,3 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 3,6 Prozent erhöht. Die Steigerung ist auf die Berücksichtigung der Kartoffeln neuer Ernte, sodann aber auch auf die Preisverhöhung der übrigen Lebensmittel, namentlich von Gemüse, Fleisch, Eiern, Milch und Milcherzeugnissen zurückzuführen.

**Verbot der Einfuhr von lebendem Geflügel aus Ungarn.** Wegen Einschleppung der Geflügelcholera durch Geflügel aus Ungarn ist durch eine im Staatsanzeiger erscheinende Verordnung die Einfuhr von lebendem Geflügel aus Ungarn mit Wirkung vom 5. August 1925 zu verboten worden. Auf Antrag kann ausnahmsweise die Einfuhr für Geflügelzüchtereien und Wäflereien die Einfuhr gestattet werden.

**Aus Eisenbahnzügen nichts hinauswerfen!** Es kommt noch immer vor, daß aus fahrenden Zügen von Reisenden schwere Gegenstände hinausgeworfen werden, die auf der Strecke beschäftigte Eisenbahnbedienstete treffen und verletzen. Mehrfach sind infolge dessen schon Todesfälle zu beklagen gewesen. Es ist klar, daß schwere Gegenstände, die aus einem fahrenden Zug geworfen werden, infolge des Beharrungsvermögens mit besonderer Wucht aufschlagen und unter Umständen tödlich verleben können. Die Reisenden werden daher dringend darauf hingewiesen, daß nach § 818 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung das Hinauswerfen derartiger Gegenstände aus den Zügen verboten ist. Wer das Verbot nicht beachtet, gefährdet Leben und Gesundheit seiner Mitmenschen und legt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

# Aus aller Welt

**Dreifacher Ehren doktor.** Professor Dr. v. Saldorf ist aus Anlaß seines 70. Geburtstages nicht nur von der tierärztlichen Fakultät der Universität Zürich, sondern auch von den Universitäten Gießen und München zum tierärztlichen Ehren doktor ernannt worden.

**Ausstellung für Schulpflege.** In der Technischen Hochschule in Karlsruhe wurde eine Ausstellung für Schulpflege und logische Hygiene „Der Bahnarzt“ eröffnet.

**Verbotene Zeitungen im besetzten Gebiet.** In der Zeit vom 1. September 1924 bis 15. Juli 1925 wurden im besetzten Gebiet 84 Zeitungen und Zeitschriften verboten.

**Blitzschlag.** In Altmanndorf O. A. Ellwangen ist das Anwesen des Wirts und Landwirts Schwäbke infolge Blitzschlags vollständig niedergebrannt.

**Gewitterschäden.** Durch ein mit schwerem Hagel verbundenes Gewitter ist am Donnerstag in Pforzheim und Umgebung beträchtlicher Schaden in den Gärten und auf den Feldern angerichtet worden. Besonders die Obstgärten haben sehr gelitten. In Dörschbrunn beträgt der Schaden an Getreide 80 p. H. — In Vinsach fielen die Schölen bis zu Welschnußgröße. Die Strohnen waren vom Hagel dicht überstreut, und die Hagelkörner mußten mit Schaufeln entfernt werden. Im Halerfeld ist alles vernichtet. Das Dinkelfeld ist bis zu 95 p. H. verholget. Auch die Mais- und Angerfelder haben schwer gelitten. — In Münsingen, O. A. Leonberg, liegt die Frucht zertrümmert da. Das wenige Obst, das die Bäume trugen, ist verschwunden. Viele Bäume wurden vom Sturm aus dem Boden gerissen. Der Schaden auf den Feldern beträgt bis zu 80 p. H., und die Landwirte stehen ratlos vor der Vernichtung der Ernte. — In Bannang schlug der Blitz verschiedentlich in elektrische Leitungen. Infolge eines Lichtstrahls trat ein Ueberschlag in der Transformatorstation im Rathaus ein. Der Hochbogen wurde für den Ausbruch eines Brandes gehalten und man alarmierte die Feuerwehr, die aber nicht in Tätigkeit zu treten brauchte.

**Ungeratener Sohn.** In Bretten (Baden) bedrohte der 17-jährige Karl Willinger nach vorausgegangenem Wortwechsel seine Mutter mit einem Messer und wollte ihr den Hals abschneiden. Die Frau konnte sich nur durch einen Sprung aus dem Fenster vor den Tötlichkeiten des ungerateten Sohnes retten. Sie zog sich durch diesen Sturz schwere Verletzungen zu.

**Feuersbrunst.** In der Nacht zum Freitag brach in Uffenfeld, Amt Schöna, im Anwesen eines Bäckermeisters Feuer aus, welches das Haus, ferner ein danebenliegendes Anwesen und drei Bauernhöfe vollständig einäscherte.

**Schwarze Pocken in Duisburg.** Ein junger Arzt aus Uffeln, der einen hiesigen Arzt vertrat, erkrankte, nachdem er mehrere Tage hier tätig war, an schwarzen Pocken. Bis jetzt war der Ursprung der Erkrankung noch nicht festzustellen gelungen.

**Verhaftung der Leichenschänder.** In Dresden sind die Leiter der städtischen Leichenverbrennungsanstalt Frenzel und Hüffel verhaftet worden.

**Raubüberfall.** Als eine Kassierin der Bahnhofskassa in Remmungen nachts nach Hause ging, wurde sie verfolgt. Der Verfolger warf ihr Pfeffer ins Gesicht und beraubte sie der Handtasche. Der Täter wurde dann verfolgt und später von der Polizei verhaftet. Es handelt sich um den verd. Kaufmann Fritz Stoll von Remmungen.

**Deutsche Erfindungskraft.** Die hiesigen erschienenen Aufstellungen des Reichspatentamts führt das starke Anwachsen des Arbeitsumfanges dieser Behörde vor Augen. Im Jahr 1924 sind 56 831 Patentanmeldungen gegen 45 209 im Vorjahr eingegangen. Das Jahr 1924 übertrifft damit das bisherige höchste Inflationsjahr 1921 (mit 56 721) und das höchste Vorkriegsjahr 1913 (mit 49 332). Ende 1924 waren 75 466 Patente in Kraft. Am stärksten sind die Patentanmeldungen in den Klassen Elektrotechnik (Radioelektronik), Motoren und Chemie gemessen. Den Hauptanteil an der Zunahme haben die deutschen Erfinder (31,6 p. H. gegenüber dem Vorjahr); das Ausland hat nur 2,5 p. H. mehr Anmeldungen eingereicht. Noch stärker sind im Jahr 1924 die Gebrauchsmusteranmeldungen gestiegen (53 884 gegen 37 200 im Jahr 1923). Der Stand von 1913 (mit 62 678) ist hier noch nicht erreicht. Die Warenzeichen-Anmeldungen haben um 82 p. H. gegenüber dem Vorjahr zugenommen und wie die Patentanmeldungen das letzte Friedensjahr 1913 und das Inflationsjahr 1921 übertraffen.

Der größte Arbeitgeber in Deutschland ist das Deutsche Reich. Nach einer dem Reichstag vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Uebersicht beschäftigten am 1. April die Reichsministerien 95 789 Beamte (darunter 461 weibliche, einschließlich neun verheirateten), 21 163 Angestellte (darunter 6512 weibliche, einschließlich 99 verheirateten) und 44 653 Arbeiter, insgesamt also 161 605 Personen. Die Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei beschäftigte im gleichen Zeitpunkt 252 585 Beamte (darunter 51 147 weibliche, einschließlich 110 verheirateten), 3234 Angestellte (darunter 1735 weibliche, einschließlich zwei verheirateten) und 38 447 Arbeiter, insgesamt also 294 266 Personen. Im Reichsdienst standen also am 1. April 1925 455 871 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Reichsbahn ist jetzt der Form nach nicht mehr Reichsunternehmen.

**Eine Brücke über den Jambesi.** Die englische Regierung wird 20 Millionen Pf. bereitstellen, um eine Brücke über den Jambesifluß in Südafrika zu errichten. Der Ort, von dem aus die Brücke geschlagen wird, ist Sena, etwa 236 Kilometer von der Mündung des Jambesi, und dadurch wird eine ununterbrochene Eisenbahnlinie von dem ostafrikanischen Hafen Beira nach Nordrhodesien und Kapland geschaffen. Die Hauptbrücke über den Fluß bei Sena, für die allein Stahl für 5 Millionen Pf. verwendet wird, soll eineinhalb Kilometer lang sein. Da der Fluß aber in der Regenzeit sehr anschwillt, so ist noch eine Seitenbrücke von einhalb Kilometer Länge vorgesehen, und an den Ufern werden kleinere Bauern in einer Ausdehnung von ein- einhalb Kilometer errichtet.

**Verleumdung.** Ein langjähriger Stammgast eines der ersten Pariser Hotels geriet kürzlich durch Zufall vor das Aufseherzimmer der im Hotel bediensteten Zimmermädchen und sah dabei, wie eines der Mädchen, das er kannte, damit beschäftigt war, sich nach beendigtem Dienst zum Ausgang umzuwenden. Zu seiner Ueberraschung sah er, wie das Mädchen, ehe es den Hut aufsetzte, eine Perücke vom Kopf nahm und sorgsam in einer Schachtel verpackte. Vorher erklärte das Mädchen dem erstaunten Beobachter: „In keinem der großen Pariser Hotels stellt man ein Mädchen ein, das einen Subtopf hat. Wir sind deshalb genötigt, im Dienst Perücken zu tragen. Ist der Dienst beendet, so dürfen sie abgelegt werden.“

# Legte Nachrichten

## Fortsetzung der Beratungen über die Lage im Ruhrbergbau.

**Berlin, 1. August.** Am Montag und Mittwoch tritt in Essen der in den Berliner Besprechungen mit der Reichsregierung eingeleitete Ausschuss zur Beratung über die Lage im Ruhrbergbau zusammen.

## Verhaftung von Kommunisten.

**Strasbourg, 1. Aug.** Wegen kommunistischer Propaganda in der Marokkofrage sind in Strasbourg 4 Kommunisten verhaftet worden. Es wurden Hausdurchsuchungen bei der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend in Strasbourg und Umgebung angeordnet. Dem Staatsanwalt sind 4 Kommunisten, Mitglieder des Gratulationsausschusses der kommunistischen Jugend, vorgeführt worden. Die Anklage lautet auf Aufreizung der Soldaten und anarchistischer Propaganda.

## Explosion in einem französischen Munitionslager.

**Paris, 1. August.** Aus Tanger wird gemeldet, daß das große Munitionslager von Larache in die Luft geflogen sei. Durch die Explosion sei großer Schaden entstanden. Unter der Bevölkerung herrscht große Panik. Man glaubt, daß der Anschlag durch die Rikate erfolgt ist. Auch sonst haben die Franzosen nach anderen Meldungen aus Fez gesehen erhebliche Verluste erlitten. **Die Befestigung Ain-Vou Nissa ist an die Rikate verloren gegangen.** Die Stellung wurde schon lange Zeit von den Marokkanern belagert, die Besatzung habe sich zuletzt nur noch mit Handgranaten verteidigt. Ueberlebende französische Soldaten melden, daß an dieser Stelle die französische Front durchbrochen sei.

## Die französischen Reserve-Offiziere und der Marokko-Krieg.

**Paris, 1. Aug.** Journal offiziell wird heute ein Dekret veröffentlicht, wonach es den französischen Reserve-Offizieren gestattet sein wird, an dem Feldzug in Marokko teilzunehmen. Nach diesem Dekret sollen die Offiziere eine besondere Vergünstigung erhalten.

## Blockade der internationalen Küste von Tanger.

**Paris, 1. Aug.** Aus Madrid wird gemeldet, daß ein französisches und ein spanisches Kanonenboot die Blockade an der internationalen Küste von Tanger begonnen haben. Es heißt, daß sich auch britische Schiffe an der Blockade beteiligen wollen.

## Unterhändler Abd el Krims nach Tanger unterwegs.

**Paris, 1. Aug.** Man hört, daß Bevollmächtigte Abd el Krims nach Tanger unterwegs seien, um von den Friedensverhandlungen Frankreichs und Spaniens Kenntnis zu nehmen. Diese Nachricht ist offiziell noch nicht bekanntgegeben, weil die französische Regierung eine Erklärung erst nach Eintreffen des Sendboten geben will.

## Der Generalstreik der französischen Bankbeamten unvermeidlich.

**Paris, 1. Aug.** Die gestrigen Verhandlungen im Finanz- und Arbeitsministerium haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Lage habe sich so verschärft, daß ein Generalstreik der Bankbeamten von ganz Frankreich unvermeidlich sei.

## Rassenhacht politischer Gefangener.

**Berlin, 1. Aug.** Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Sofia: Auf der Insel Anastasia in der Nähe von Burgas waren 73 Kommunisten und Bauernverbündeter untergebracht, die wegen des Anschlags auf die Sofiaer Kathedrale abgeurteilt werden sollten. Gestern nacht überfielen 5 Gefangene ihre Wärter, fesselten sie und brachten die ganze Insel in ihren Besitz. Darauf verließen 43 Gefangene mit einem Schiff die Insel. Die Zurückgebliebenen weigerten sich, an der Mordteilnahme. Von den Unflüchtigen fehlt bis jetzt jede Spur.





